



Kurzfristige Forderungen des Grünen Bündnis und der Jungen Alternative JA! zur Corona-Krise

Die Corona-Krise ist eine Herausforderung für viele Menschen in der Stadt Bern. Selbständige oder Kleinunternehmer*innen und Personen mit kleinem Einkommen sind in ihrer Existenz bedroht. Menschen am Rande der Gesellschaft wie Sans-Papiers, Asylsuchende, suchtkranke Menschen sind besonders betroffen, weil es für sie kaum Hilfsangebote gibt. Dazu kommen weitere Auswirkungen des Lockdowns: Häusliche Gewalt, psychische Probleme, Chancenungleichheit beim Fernunterricht.

Im Verlauf der letzten Wochen ist von Seiten zahlreicher Organisationen und der Stadt ein grosser Effort geleistet worden, diese Menschen in dieser schwierigen Situation zu unterstützen. Die Arbeit ist aber enorm aufwändig, die (Geld)Ressourcen sind knapp.

Die Stadt Bern muss in Koordination mit den Organisationen der Zivilgesellschaft jenen Unterstützung bieten, die sie am nötigsten haben und die nicht von den Hilfspaketen von Bund und Kantonen profitieren können. Dort, wo die Stadt Bern nicht allein tätig werden kann oder nicht direkt zuständig ist, muss sie - am besten zusammen mit anderen Städten - Druck auf den Kanton ausüben. Das Grüne Bündnis und die Junge Alternative JA! fordern die Stadt Bern auf, insbesondere in folgenden Bereichen tätig zu werden:

- **Mieterlass:** Für Mieter*innen städtischer Wohnungen, die sich in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, wird Mietzinsstundung oder -erlass geprüft. Dasselbe gilt für Mieter*innen oder Pächter*innen anderer städtischer Lokale, z.B. im Gastgewerbe, Kultur etc.
- **Konjunkturmassnahmen:** Die Stadt Bern unterstützt Selbständige, die nicht vom Hilfspaket des Bundes profitieren können mit Krediten (wie z.B. hier https://www.stadt-zuerich.ch/gud/de/index/gesundheitsversorgung/public-health/coronavirus-sars-cov-2/wirtschaft/ku_nothilfe.html)
- **Kinderbetreuung:** Die Stadt Bern stellt in Zusammenarbeit mit dem Kanton sicher, dass alle Kinder betreut werden und gleichzeitig das KITA-Personal genügend geschützt ist. Nach dem Vorbild der Stadt Zürich werden Kita-Kosten übernommen: <https://www.tagesanzeiger.ch/kita-und-hortkosten-entfallen-in-zuerich-481175157191>
- **Häusliche Gewalt:** Die Stadt Bern entschädigt Hotels, die im Gegenzug Frauenhäusern zur Verfügung gestellt werden und stellt Ressourcen zur Gewaltprävention sicher (GWA, etc). Die Stadt muss den Kanton auffordern, seine Verantwortung in diesem Bereich – er ist nämlich zuständig für Opferhilfe, Beratungsstellen und Frauenhäuser – wahrzunehmen und Organisationen schnell und unbürokratisch zu unterstützen. Des Weiteren unterstützt das Grüne Bündnis den [offenen Brief des Frauen*streikkollektivs Bern](#).
- **Schule:** Die Chancengerechtigkeit in der Schule muss auch während des Fernunterrichts möglichst garantiert bleiben. Dazu müssen Schulen und Lehrpersonen benachteiligte und schwächere Schülerinnen und Schüler aktiver begleiten als diejenigen, die zuhause bereits ein reiches Lernumfeld haben. Auch Aufgabenhilfe muss sichergestellt werden.



Das Betreuungsangebot für Kinder in der Schule ist so niederschwellig, dass Eltern, die zuhause nicht genügend für ihre Kinder sorgen können, wirklich entlastet werden.

- **Grundrechte im öffentlichen Raum wahren:** Die Stadt muss im Zusammenhang mit der Einschränkung der Versammlungsfreiheit im öffentlichen Raum achtsam umgehen. Auf den Einsatz von Armeeinghörigen sowie Videoüberwachungen im öffentlichen Raum der Stadt Bern ist zu verzichten.
- **(Not-)hilfe für besonders betroffene Personengruppen:**
 - Sans-Papiers: Die Stadt Bern stellt rasch und unbürokratisch Nothilfegelder für Sans-Papiers zur Verfügung, die vom Erwerbsausfall betroffen sind. Ausserdem stellt die Stadt Bern sicher, dass auch Sans-Papiers Zugang zu Intensivmedizin haben.
 - Asylsuchende: Die Stadt Bern stellt Unterkünfte zur Verfügung, damit auch für Asylsuchende die Hygienemassnahmen eingehalten werden können. Sie setzt sich bei Kanton und Bund dafür ein, dass 1) Asylverfahren sistiert werden; 2) die Grenzen für Asylsuchende wieder geöffnet werden; 3) die Schweiz mithilft, die überfüllten Camps auf den griechischen Inseln zu evakuieren und Geflüchtete direkt aufnimmt; 4) Asylsuchende aus der Administrativhaft entlassen werden.
 - Einbürgerungen: Die Stadt Bern setzt sich beim Kanton dafür ein, dass Sozialhilfebezüge während der Corona-Krise nicht zum Hindernis für Einbürgerungen werden. Der Kanton muss dafür eine Ausnahmeregelung erlassen.
 - Suchthilfe: Die Stadt Bern stellt sicher, dass die Drogenanlaufstelle offen bleibt und Menschen mit Suchtproblemen unterstützt werden.
 - Leben auf der Gasse: Die Stadt Bern entschädigt Hotels, die im Gegenzug Zimmer für Obdachlose zur Verfügung stellen. Weiter stellt sie Nothilfe (Essen, Kleider, Gesundheitsversorgung) zur Verfügung und organisiert Zugänge zu psychologischer Beratung. Pinto und Polizei verzichten auf Bussen und Kontrollen.
 - Sexarbeit: Die Stadt Bern stellt rasch und unbürokratisch Räumlichkeiten (in Hotels) sowie Nothilfe für Sexarbeiter*innen zur Verfügung.
 - Fahrende: Die Stadt Bern stellt die Gesundheitsversorgung für Fahrende sicher.
 - Hilfsangebote bei psychischen Problemen: Die Stadt Bern stellt sicher, dass alle Menschen Zugang zu Hilfsangeboten bei psychischen Problemen haben. Sie erstellt eine Übersicht über verfügbare Angebote und verbreitet diese Information über möglichst viele Kanäle.

Wiederaufnahme parlamentarische Arbeit

- Für die Zeit ab Mai sollen genügend grosse Räume reserviert werden, die physische Stadtrats-Sitzungen erlauben. Parallel dazu muss geprüft werden, wie Personen der Risikogruppen elektronisch an den Sitzungen teilnehmen und abstimmen können.
- Die Kommissionssitzungen müssen nach den Frühlingsferien wieder durchgeführt werden, dies ist per Videokonferenz möglich.